



Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern,
Woldegker Str. 27, 17033 Neubrandenburg

Geschäftsstelle Bund Deutscher Forstleute
Mecklenburg Vorpommern
Gleviner Burg 1
18273 Güstrow

Wahlprüfsteine Bund Deutscher Forstleute (BDF)

1. Einheitsforstverwaltung und Daseinsvorsorge

Frage

Die Landesforstanstalt bewirtschaftet den Landeswald und ist als Einheitsforstverwaltung mit der Erfüllung der Funktion als untere Forstbehörde beauftragt. Für die Behördenfunktion und die anderen Gemeinwohlleistungen erhält die Landesforst Haushaltsmittel.

Welche Bedeutung haben für Ihre Partei die Einheitsforstverwaltung und die Daseinsvorsorge? Welche neuen Leistungen sind für Ihre Partei perspektivisch angestrebt?

Antwort

Die Einheitsforstverwaltung besitzt für die AfD Mecklenburg-Vorpommern einen hohen Stellenwert. Die Verbindung von hoheitlichen Aufgaben, Bewirtschaftung des Landeswaldes, Beratung der übrigen Waldbesitzer, Waldschutz und Gemeinwohlleistungen sichert Fachkompetenz in der Fläche und vermeidet unnötige Doppelstrukturen. Wir wollen dieses bewährte Modell erhalten und stärken. Eine Zerschlagung, Privatisierung oder schleichende personelle Auszehrung der Einheitsforstverwaltung lehnen wir ab.

Aufgaben wie Waldbrandvorsorge, Waldschutz, forstliche Beratung, Waldpädagogik, Erholungsvorsorge, Monitoring und Verkehrssicherung dienen dem Gemeinwohl. Sie müssen daher verlässlich und transparent aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Es darf nicht erwartet werden, dass diese Leistungen allein durch Erlöse aus dem Landeswald getragen werden. Wer Gemeinwohlleistungen bestellt, muss sie auch angemessen finanzieren.

Wir wollen für die Landesforstanstalt eine langfristige Personal- und Nachwuchsplanung aufstellen. Dazu gehören ausreichend Ausbildungs-, Anwärter- und Referendarstellen, attraktive Übernahmeangebote, zeitgemäße Arbeitsmittel, konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen sowie die Sicherung einer ortsnahe Präsenz der Forstleute.

Perspektivisch wollen wir insbesondere die Beratung und praktische Begleitung kleiner privater und kommunaler Waldbesitzer ausbauen. Hinzukommen sollen eine stärkere Waldbrandprävention, ein

Seite 1 von 4

verbessertes Schadens- und Schädlingsmonitoring sowie zusätzliche Angebote der Waldpädagogik und Gesundheitsvorsorge. Die Forstleute müssen hierfür von unnötigen Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

2. Waldmehrung

Frage

Die Waldmehrung ist ein wichtiger Bestandteil der Forstpolitik des Landes.

In welchem Umfang wird Ihre Partei die begonnene Waldmehrung fortsetzen, und sind auch Anreize für die Aufforstung von nicht öffentlich-rechtlichem Offenland vorgesehen?

Antwort

Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr Wald. Daher unterstützen wir als AfD Mecklenburg-Vorpommern die Waldmehrung.

Sie darf jedoch nicht undifferenziert zulasten hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzflächen erfolgen. Vorrang sollen ertragsschwächere, erosionsgefährdete, ungünstig zugeschnittene oder dauerhaft schwer zu bewirtschaftende Flächen, geeignete Konversionsflächen sowie Flächen zur Ergänzung bestehender Waldgebiete und Biotopverbünde erhalten. Entscheidend sind Freiwilligkeit, der Schutz des Eigentums und eine standortbezogene fachliche Prüfung.

Private und kommunale Eigentümer wollen wir durch eine verlässliche Aufforstungsförderung gewinnen. Förderfähig sollen insbesondere die Standorterkundung und Planung, Flächenvorbereitung, Pflanz- und Saatgut, Waldrandgestaltung, Wild- und Mäuseschutz, Kulturpflege sowie erforderliche Nachbesserungen sein. Da ein neuer Wald über Jahrzehnte keine regulären Erträge abwirft, wollen wir zusätzlich eine zeitlich befristete Kulturpflege- und Etablierungsprämie prüfen.

Anträge müssen einfach und möglichst digital gestellt sowie innerhalb fester Fristen bearbeitet werden können. Die Landesforstanstalt soll den Eigentümern von der Erstberatung bis zur erfolgreichen Etablierung des Bestandes als zentraler Ansprechpartner zur Seite stehen. Auch forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und gemeinschaftliche Aufforstungsvorhaben wollen wir stärker unterstützen.

3. Gesundheitswirkungen und Bildungsfunktion des Waldes

Frage

Wald ist mehr als Waldbau, Holz, Naturschutz und Jagd.

Welche Bedeutung misst Ihre Partei den Gesundheitswirkungen und der Bildungsfunktion des Waldes bei, und wie können diese Bereiche im Land der Seen und Wälder ausgebaut werden?

Antwort

Die Gesundheits- und Bildungswirkungen des Waldes sind besonderer Bedeutung. Bewegung im Wald, Ruhe, Naturerfahrung und ein ausgeglichenes Waldinnenklima leisten einen wertvollen Beitrag zur körperlichen und seelischen Erholung. Gleichzeitig ist der Wald ein idealer Lernort, an dem Kinder und

Jugendliche ökologische Zusammenhänge, nachhaltige Nutzung und praktische Verantwortung unmittelbar erfahren können.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Landesforstanstalt, Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Kommunen und Vereinen ausbauen. Walddtage, Waldjugendspiele, Schülerpraktika, Walderlebnisangebote und mobile waldpädagogische Formate sollen flächendeckend verfügbar sein. Jedes Kind in Mecklenburg-Vorpommern sollte während seiner Schulzeit mehrfach Gelegenheit erhalten, den Wald unter fachkundiger Begleitung kennenzulernen.

Waldkindergärten und naturpädagogische Einrichtungen wollen wir durch eine eigenständige und verlässliche Fördermöglichkeit unterstützen. Ebenso wichtig sind ausreichend qualifizierte Waldpädagogen und Forstleute, denn Bildungsangebote können nicht dauerhaft als zusätzliche Aufgabe ohne entsprechendes Personal und ausreichende Finanzierung erbracht werden.

Die Waldpädagogik soll zudem stärker für die Berufsorientierung genutzt werden und jungen Menschen die vielfältigen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in Forstwirtschaft und Holzverwendung näherbringen.

Geeignete Erholungs-, Kur- und Heilwälder wollen wir gemeinsam mit Kommunen, Kurorten und Gesundheitseinrichtungen weiterentwickeln. Dazu gehören gut unterhaltene Wege, Ruhezonen, eine verständliche Besucherlenkung und möglichst barrierearme Angebote. Der Wald darf dabei weder übermöbliert noch zum bloßen Veranstaltungsraum gemacht werden. Sein natürlicher Charakter und die reguläre forstliche Bewirtschaftung müssen erhalten bleiben.

4. Wald und Energie

Frage

Wie beurteilt Ihre Partei die Nutzung des Waldes für die Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere Waldumwandlungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen?

Antwort

Der Wald ist keine Reservefläche für Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Waldumwandlungen zum Zweck der Errichtung neuer Windkraftanlagen oder Freiflächen-Photovoltaikanlagen lehnen wir konsequent ab. Dies gilt auch für die damit verbundenen Zuwegungen, Leitungen, Kranstellflächen und dauerhaften Zerschneidungen von Waldgebieten. Ersatzaufforstungen an anderer Stelle können den Verlust eines gewachsenen Waldökosystems nicht vollständig ausgleichen.

Photovoltaikanlagen gehören vorrangig auf Dächer, Parkplätze, Gewerbeflächen sowie bereits versiegelte oder erheblich vorbelastete Flächen. Der Schutz vorhandener Wälder und künftiger Waldmehrungsflächen hat für uns Vorrang vor einer weiteren Industrialisierung der Landschaft.

5. Weitere walddpolitische Vorhaben

Frage

Was will Ihre Partei darüber hinaus walddpolitisch auf den Weg bringen?

Antwort

Wir wollen den aktiven Waldbau wieder stärker in den Mittelpunkt der Forstpolitik stellen. Ziel sind stabile, leistungsfähige und artenreiche Wirtschaftswälder, die standortgerecht aufgebaut und dauerhaft bewirtschaftet werden.

Einen starren, politisch vorgegebenen Einheitswaldbau lehnen wir ab. Je nach Standort können unterschiedliche Mischungsformen, Verjüngungsverfahren und Betriebsarten richtig sein. Neben geeigneten Laubbaumarten müssen auch bewährte und standortgerechte Nadelbaumarten ihren Platz behalten. Die konkreten Entscheidungen sollen von Forstleuten und Waldbesitzern auf Grundlage fachlicher Erkenntnisse getroffen werden.

Pauschale Stilllegungen weiterer Wirtschaftswaldflächen lehnen wir ab. Ein fachgerecht bewirtschafteter Wald verbindet Naturschutz, Rohstoffproduktion, Erholung und Waldpflege. Der Verzicht auf heimische Holznutzung führt lediglich dazu, dass Holz aus Ländern mit teilweise deutlich niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards importiert wird.

Die regionale Forst- und Holzwirtschaft wollen wir als zusammenhängende Wertschöpfungskette stärken. Bei öffentlichen Bauvorhaben soll die Verwendung von regionalem Holz deutlich erleichtert werden. Sägewerke, Holzbauunternehmen, Tischlereien und weitere Verarbeiter brauchen eine verlässliche Rohstoffversorgung und planbare Rahmenbedingungen.